

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Kontordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4425. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Kontordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 65-66.  
Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

## Ein deutsches Gesetzbuch der Arbeit.

Das jetzige Arbeiterrecht ist in vielen Gesetzbüchern zerstreut; im Bürgerlichen Gesetzbuch, Strafgesetzbuch, Reichsgewerbeordnung, Gewerbeverordnungen usw. finden sich Teile desselben. Hierzu kommen die vielen Verordnungen und Bestimmungen, welche im Laufe der letzten Jahre, und besonders nach der Revolution, erschienen sind. Dadurch hat das ganze Arbeiterrecht etwas unzusammenhängendes, zerstückeltes an sich und die Handhabung desselben und die Geltendmachung der Rechte werden dadurch sehr erschwert. Der Ruf nach einer Vereinheitlichung ist daher auch von den verschiedensten Seiten erhoben worden. Noch auf unserer Generalversammlung im vorigen Jahre haben wir ein einheitliches Arbeiterrecht gefordert.

Nun ist bereits im Mai d. Js. auf Veranlassung der Regierung ein besonderer Arbeitsausschuß, der sich aus auf dem Gebiete des Arbeiterrechts bewanderten Juristen, ferner aus Sozialpolitikern usw. zusammensetzt, berufen worden. Dieser Arbeitsausschuß soll die Vorarbeiten leisten zu einer vollständigen Neuordnung des Arbeiterrechts, welches in einem Gesetzbuch, nach den verschiedenen Gebieten gegliedert, zusammengestellt werden soll.

Den Regierungserklärungen zufolge soll das künftige Arbeitsgesetzbuch ein ähnlich umfangreiches und geschlossenes Werk der deutschen Gesetzgebung werden, wie das Handelsgesetzbuch oder das Bürgerliche Gesetzbuch, und auch die Vorbereitungen des Arbeitsgesetzbuches werden sich entsprechend planmäßig und umfangreich gestalten. Das künftige Arbeitsrecht werde „in einem Gesetzbuch“ alles umfassen, vom Koalitionsrecht, dem Recht des Arbeitsvertrages und der Arbeitsordnung, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsnachweise bis zur Gesetzgebung über Arbeitergerichte, die zur schnellen und billigen Verfolgung der Rechte der Arbeitnehmer dienen sollen. Dieses letzte Gesetz werde schon gefordert vorweggenommen werden, ebenso wie gegenwärtig die Regelung des Rätegesetzes, vor allem der Betriebsräte, deren Einrichtung die Regierung aus politischen Gründen beschleunigt. Aber diese vorweggenommenen Sondergesetze würden später als Teile in das Arbeitsgesetzbuch eingefügt werden, ebenso wie es mit Teilen des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und zahlreicher anderer Gesetze geschehen soll. In das Arbeitsgesetzbuch würden auch eine Reihe Sonderbestimmungen und Sondergesetze für die Verhältnisse der Bergarbeiter, Landarbeiter, Seeleute, Binnenschiffahrtsarbeiter, der Bühnengedehrigen, der Heimarbeiter, der Hausangestellten, der Staats- und Kommunalarbeiter aufgenommen werden.

Ferner würde das Gesetzbuch die Beziehungen zum Beamtenrecht regeln, wenn auch das Recht der Staats- und Gemeindebeamten sowie das Recht der freien Berufe außerhalb des Arbeitsrechts bleiben würde. Unberührt für sich bleiben sollen auch die Reichsversicherungsordnung und die Versicherung der Angestellten, da deren einheitliche Gesetzgebung erst in den Jahren 1911 und 1912 für sich abgeschlossen worden sei.

Bei der Schwierigkeit und Wichtigkeit der Materie werden die Arbeiten der Kommission Zeit beanspruchen müssen. Wie es heißt, wird die Kommission frühestens im Herbst ihre Arbeiten vorlegen können.

## Zwangsfriede und Nationalversammlung.

Am 16. Juni 1919 wurde der deutschen Delegation in Versailles eine Note überreicht, in der die alliierten Mächte ihren unabänderlichen Entschluß zu erkennen gaben, Deutschland habe entweder den anfangs Mai vorgelegten Friedensvertrag mit den in der Note zugestandenen Änderungen anzunehmen oder aber, es würden am 23. Juni 1919 abends durch die Alliierten die Sanktionen gegen Deutschland wieder aufgenommen, insbesondere auch die Hungerblockade verschärft zur Anwendung gebracht. Regierung und Nationalversammlung befanden sich diesem Ultimatum gegenüber in der denkbar schwierigsten Lage. Die Annahme des Friedensvertrags mit seinen Folgewirkungen wird das deutsche Volk künftig, vielleicht dauernd, schwer belasten, die Nichtannahme aber für Deutschland alsbald die schwersten Folgen haben. Die

Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Annahme oder Nichtannahme des vorgelegten Vertrags führten zu einer Kabinetts- und Parlamentskrise. Die deutsch-demokratische Partei zog ihre Mitglieder aus dem Kabinett zurück und Sozialdemokraten und Zentrum allein bildeten eine neue Regierung, in der acht Sozialisten und vier Zentrumsmänner sitzen, darunter Siebertz, Ministerpräsident wurde der bisherige Arbeitsminister Bauer.

Die neue Regierung einigte sich mit der Mehrheit der Nationalversammlung zunächst dahin, den Friedensvertrag zu unterzeichnen unter zwei Bedingungen: Erstens, die von den Gegnern verlangte Zuzunahme anzuerkennen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege habe, abzuweisen, zweitens, die verlangte Auslieferung von Deutschen an die Alliierten abzulehnen. Die beiden Bedingungen wurden noch vor Ablauf der gestellten Frist den Alliierten zur Kenntnis gebracht. Clemenceau, Wilson und Lloyd George gaben alsbald in der Nacht vom 22. Juni die Antwort: Die Zeit für Erörterungen ist vorbei. Die alliierten Mächte können keine Einschränkung, keinen Vorbehalt annehmen oder anerkennen und müssen von den deutschen Vertretern den unzweideutigen Beschluß verlangen zu unterzeichnen, den Frieden entweder als Ganzes anzunehmen oder nicht zu unterzeichnen.

Unter dem Druck des Feindes und der inneren Verhältnisse stimmte schließlich die Mehrheit der Nationalversammlung für die unbedingte Unterzeichnung des Vertrags. Die Parteien, die sich gegen die Unterzeichnung gewandt hatten, gaben durch ihre Führer die Erklärung ab, daß sie die vaterländischen Beweggründe der Zustimmung nicht in Zweifel ziehen wollen.

Die Gründe, die während der langen und aufgeregten Verhandlung für die Annahme des Vertrags geltend gemacht wurden, sind kurz zusammengefaßt folgende: Bei Ablehnung des Friedensvertrags geht der Krieg weiter, die Truppen der Alliierten rücken in Deutschland ein, belegen die Randstaaten und die wichtigsten Industrie- und Verkehrsgebiete. Die Feinde erheben Kontributionen, requirieren Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände und bringen das arme deutsche Volk unter einen Druck, dem es nicht lange wird standhalten können. Die Revolutionswelle erhält neue Triebkraft und zur Besetzung und materiellen Verlusten kommt schweres Blutvergießen und der Verlust von Menschenleben. In kurzer Zeit wird irgend eine Regierung, insbesondere in den unter Druck genommenen Landesteilen, Frieden schließen. Der alte Plan der Feinde, Deutschland zu zerstücken und die Randstaaten vom Reich abzusplitteln, würde so der Verwirklichung entgegengeführt. Das Reich zerstückelt und aufgelöst würde dauernd zur Ohnmacht verurteilt sein. Um das Reich zu erhalten, muß diese Entwicklungsmöglichkeit verhindert werden, das kann nur geschehen durch die Annahme des Friedensvertrags. Die vielen Tausenden in Gefangenschaft schmachtenden deutschen Krieger werden dadurch frei und der Heimat wiedergegeben. Bei der Besetzung des Reiches durch die Franzosen kämen noch weitere Tausende von jungen Männern in die Gewalt der Feinde, da diese zur Arbeit und zum Kriegsdienst ausgehoben und weggeführt würden. Die Anwendung der verschärften Blockade, die Zerstörung und Vernichtung der Ernte auf den Feldern brächte in kürzester Frist die Hungersnot, den Mangel an Kohle, die Einstellung der Industrie und des Verkehrs, das vollendete Chaos. In wenigen Wochen hätten die Alliierten die völlige Unterwerfung Deutschlands erreicht und ein schlimmerer Friede als der jetzt angebotene, wäre das Ergebnis.

Die Reinsager gaben diese Möglichkeit zu, verwiesen aber darauf, daß bei Annahme des unmöglich durchführbaren Vertrags die Feinde den längst beabsichtigten Einmarsch und die Besetzung Deutschlands doch vollziehen würden. Der sofortige Austrag des Streites wäre einer latenten Krise vorzuziehen. Beim Einmarsch der Feinde würde unsererseits Volle drastisch vor Augen geführt, von welcher unersöhnlichem und wildem Geiste diese erfüllt sind und dadurch der Grund gelegt zur neuen Einigung und Erhebung. Wenn das deutsche Volk nur geraume Zeit aushielte, würde auch in den feindlichen Ländern der Widerstand gegen die Weiterführung des Krieges wachsen, mit der jetzigen Ablehnung des Friedensvertrags würden die Unruhen in Frankreich und Italien gestützt und wir würden schließlich durch die Entwicklung der Dinge dort wie auch in England aus der unheilvollen und unabweisbaren Lage befreit. Die Weltlage kann sich in kürzester Zeit von Grund aus ändern, und wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen Japan und Amerika oder auch zwischen anderen Ländern kommt, was wahrscheinlich ist, so ist die Partie für uns gewonnen, und wir kämen um den Gewalt- und Schmachfrieden herum. Auch der Vorschlag Rathenaus, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen und die Verwaltung des Reiches dem Völkerbund zu übergeben, wurde besprochen;

er konnte einer näheren Prüfung nicht standhalten. Damit wäre ganz Deutschland, Land und Leute dem Feinde überantwortet worden und die Feinde hätten mehr nehmen können, als der Vertrag vorsieht. Gegen keine ihrer Maßnahmen und Untaten hätte dann Einspruch erhoben werden können, weil sie ja von uns gerufen worden wären. Bei der Verwaltung des Reiches durch den Völkerbund, in dem die alliierten Mächte dominieren, hätte es keine deutschen Gesandten mehr gegeben, die im Auslande, auch nicht bei günstiger Gelegenheit, für Deutschland hätte wirken können.

Aus diesen Darlegungen geht hervor, wie ungeheuer schwer für die Regierung und die Abgeordneten die Entscheidung war. Man wird keinem der beiden Teile einen Vorwurf über die Abstimmung machen können. Der Inhalt des grausamen Friedensvertrags zeigt nur, wie falsch die Hoffnung derjenigen war, die glaubten, daß durch die Niederlegung der Waffen und die Demokratisierung der Staatsverwaltung man sich den Feinden gefällig erweisen und einen Versöhnungsfrieden erreichen würde. Das „Friedensdokument“ zeigt die Gesinnung, die all die Jahre vor dem Kriege den Feind besetzte: Die politische Demütigung Deutschlands und die wirtschaftliche Erniedrigung des deutschen Volkes. Die salbungsvollen Reden vom Kampfe um die Gerechtigkeit und die Freiheit der kleinen Nationen, es waren Phrasen und Blendwerk, angewandt zur Verwirrung des deutschen Volkes. Die radikale Sozialdemokratie hat sie gläubig aufgenommen und damit nicht wenig beigetragen zum Unglück unseres Volkes. Wenn wir die Ruhanwendung aus den Erfahrungen der letzten fünf Jahre ziehen, lernen und arbeiten, so wird Deutschland sich wieder erheben und nicht verloren sein.

Die Frage, wie sich unsere Finanzlage und das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft gestalten werden, ist schwer zu beantworten. Das neutrale Ausland zeigt große Hoffnungen auf die Tüchtigkeit und Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes. Das wissen die Delegierten, die dem internationalen Kongreß der christlichen Arbeitervereine in Luzern im März 1919 angewohnt haben. Nach der Zustimmung zum Friedensantrag ist denn auch der Kurs unseres Geldes in der Schweiz um 8 Punkte, auf 52 Centimes die deutsche Mark, die vor einigen Wochen nur 33 Centimes galt, gestiegen. Die Wendung in der Note vom 16. Juni 1919, daß Deutschland nach Unterzeichnung des Friedens Handelsleichterungen erhalten solle und die Bemerkung, am Wiederaufleben der deutschen Industrie hätten auch die Alliierten ein gewisses Interesse, hat zu der für uns günstigen Stimmung zweifellos mit beigetragen. Sch.

## Allgemeine Rundschau.

### Die Ernährungsaussichten.

Infolge ungenügender Arbeitskräfte, mangelnder Betriebs- und Düngemittel, sind während der Kriegszeit die Erträge der Landwirtschaft stark zurückgegangen. Nach den im Reichsanzeiger am 6. Mai 1919 veröffentlichten Zahlen ist in Preußen der Weizenantrag vom Hektar auf 18,3 Doppelzentner gesunken. Die Ernte des Jahres 1913 ergab einen Ertrag von 25,2 Doppelzentner bei Winterweizen. Die Ertragsziffern 1913 und 1918 sind bei Winterroggen 19 und 14 Doppelzentner; bei Sommergerste 23,6 und 15,3; bei Hafer 22,3 und 14; bei Kartoffeln 168 und 112; bei Futterrüben 307 und 246 Doppelzentner pro Hektar. Auch der Ertrag von Wiesenheu und Klee hat sich stark vermindert, um 15 bis 20 Zentner pro Hektar.

Ein wenig erfreuliches Bild ergibt auch die Entwicklung des Viehstandes. Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1914 und am 1. März 1919 waren vorhanden: Millionen Stück:

	Rindvieh	Schweine	Schafe	Federvieh
1. Dezember	21,82	25,34	5,47	82,70
1. März	16,83	7,17	5,95	44,06

aufser bei den Schafen also überall eine starke Verminderung der Zahlen. Die Zahl der Pferde dagegen hat in dem angegebenen Zeitraum etwas zugenommen.

Die Stückzahl allein ist bei Würdigung des Viehstandes nicht entscheidend, auch das Gewicht eines Tieres muß mit in Betracht gezogen werden. Nach einer Statistik des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung betrug das durchschnittliche Schlachtgewicht bei

	Rindvieh	Schweinen	Schafen
1912	246 kg	85 kg	22 kg
1918	145 kg	40 kg	20 kg

Bei abgemindertem Viehstand, bei schlechternährtem Milchvieh gibt es weniger Milch und Fett. Und daß der Tier-

mangel nicht lediglich auf die Tierzucht zurückzuführen ist, sagt der Rückgang des Federviehes um nicht weniger als 40 Millionen Stück.

Es wird große Anstrengungen kosten, die deutsche Landwirtschaft wieder auf die alte Produktionshöhe zu bringen. Die Aussichten für dieses Jahr sind nicht glänzend. Durch die langdauernden Streiks ist die Kohlenförderung und damit auch die Kalkförderung gestört, die Erzeugung von Kunstdünger gehemmt worden. Das wird nicht ohne Einfluß auf den Ernteertrag bleiben. Dazu kommt, daß Arbeitskräfte auf dem Lande vielfach noch mangeln.

Gegenüber diesen Tatsachen, welche keine erfreulichen Aussichten eröffnen, lassen die Äußerungen des Reichsernährungsministers, welcher sich kürzlich über die Aussichten der Lebensmittelversorgung ausgesprochen hat, die Lage in einem günstigeren Lichte erscheinen. Bei den mehr optimistischen Ausführungen des Ministers ist allerdings zu berücksichtigen, daß die im Ausland geläufigen Währungs- und geschäftlichen Verhältnisse eine Erleichterung schaffen. Bleibt es auch immerhin noch knapp, so würde doch in den nächsten Wochen der Zusammenbruch schon vollständig sein, wenn die Auslandszufuhren nicht da wären. Der Minister äußerte sich wie folgt:

„In Bezug auf die Fleischversorgung kann ich die Erwartung aussprechen, daß in der am 1. August beginnenden nächsten Ausführungsperiode die zurzeit gewährte Fleischration aufgebracht werden kann. Diese Periode stellt infolge der reichlicheren Fütterung gewissermaßen die Zeit der Fleischernie dar. Mit Rücksicht auf die erhöhten Preise für Schlachtkörper darf wohl erwartet werden, daß für die kommenden Monate eine Erhöhung in der Fleischversorgung nicht eintritt. Sollte hier und da sich ein lokales Manko einstellen, so kann mit Hilfe der Zufuhren aus dem Auslande ein Ausgleich geschaffen werden. Für die Fettversorgung sind die Aussichten verhältnismäßig günstig. Die Normalration von 60 Gramm und die Sonderration, die bisher für Großstädte und Industriebezirke in Höhe von 50 Gramm aus dem Auslande zuzuführen gegeben wurde, wird auch in den kommenden Monaten in Form einer gleichmäßigen Fettration von 110 Gramm für die gesamte Bevölkerung des deutschen Reiches mit Ausnahme der Selbstversorger gegeben werden können. Durch Vorräte und feste Handelsverträge ist diese Versorgung für das nächste Vierteljahr gesichert. Unsere Wirtschaft in Oelen und Desfatschen lassen jedoch außerordentlich erwarten, daß bereits in kürzester Zeit unsere Margarinfabriken ihren Betrieb in größerem Umfange aufzunehmen in der Lage sind. Es kann damit gerechnet werden, daß vom 1. August ab eine nicht unwesentliche Erhöhung der allgemeinen Ration von 110 Gramm sich durchzuführen lassen wird. Auch die Verteilung des amerikanischen Specks wird in Höhe der bisherigen Ration von 125 Gramm pro Kopf und Woche auf die gesamte Bevölkerung, immer ausschließlich der Selbstversorger, ausgedehnt werden können. Auch hier ist durch Vorräte und Abfertigung eine Sicherung für das nächste Vierteljahr vorhanden. Eine für die Verbraucher recht willkommene Erweiterung der Versorgung wird in Kürze eintreten durch die Verteilung von Reis, der in Raten von 125 Gramm pro Kopf und Woche für die gesamte Bevölkerung zur Verteilung gelangt. Sofern die Vorräte hierzu zeitweilig nicht ausreichen sollten, werden Hilfsmittel zur Ausgabe kommen.“

Die Verbilligung der Auslandslebensmittel wird recht beachtenswerte Erleichterungen bringen. Die von der Allgemeinheit zu übernehmende Belastung von etwa 1 1/2 Milliarden Mark soll zu gleichen Teilen vom Reich, den Freistaaten und den Kommunen getragen werden. Die Verbilligung wird sich mit diesem Betrag für drei Monate durchzuführen lassen. Eine bessere Ernährung zu billigeren Preisen ist gleichzeitig die nachhaltigste Bekämpfung des Schleißhandels und des Wunders. Dieser Kredit zur Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens stellt eine Kapitalanlage dar, die sich in der Gewinnung des Volkes am besten rentieren wird.“

Theorie und Praxis.

Für sozialdemokratischen „Dochener Volksblatt“ vom 28. Juni d. J. lesen wird unter der Überschrift „Ein Leipziger „Unabhängiger“ als heutelustiger Agrarier“ folgendes Stückchen:

Die Leipziger „Freie Presse“ berichtet: Daß die Älären des Landbundes auch bereits außerhalb der Provinz Brandenburg Nachahmung finden, dafür lieferte eine Versammlung der Agrarier des Torgauer Bezirkes einen schlagenden Beweis.

Es war ausgerechnet der unabhängige Leipziger Stadtverordnete Rechtsanwalt Barthel, früher in Schlamassel, jetzt glücklicher Besitzer eines Gutes in Hünenode bei Torgau, das ihn zum Selbstversorger und erfolgreichsten Durchhalter macht, wovon der allwöchentliche Freitober Zeugnis ablegt.

Kolleginnen und Kollegen!

Bedenket, wenn Ihr am Verbandsbeitrag spart, schädigt Ihr aufs schwerste Eure eigenen Interessen. Die Ziele, welche wir uns gesetzt haben, können wir nur durch Opferwilligkeit lösen. Sagt nicht nur pünktlich den Verbandsbeitrag, sondern wählt vor allen Dingen höhere Beitragsklassen!

Just dieser von den Leipziger Unabhängigen zum Stadtverordneten erkorene Rechtsanwalt und Gutbesitzer war es, der in der besagten Agrarierversammlung an die anwesenden Bauern die Aufforderung richtete, sich von der „Verwaltung“ nicht mehr alles gefallen zu lassen, sondern sich aufzuraffen und selbst zu schützen. Er hetzte die Bauern auf, die Milch zwangsweise nur noch bis zum 30. Juni abzuliefern, von da ab aber die Lieferung einzustellen und dafür pro Kuh etwa drei Liter Milch resp. die Butter davon abzuliefern, aber zu einem Preis von jechs Mark pro Pfund, während jetzt das Pfund Butter zum Preise von drei Mark abgeliefert wird. Ferner erklärte der „unabhängige“ Agrarier den Bauern, daß das Landratsamt kein Recht gehabt habe, die Rentierungen zu kürzen, und sprach sich auch scharf gegen die Milchrevisoren aus. Er drohte dabei an, jeden Revisor, der sein Gehöft betreten würde, schleunigst „hinanzuföhren“.

Er wirkt wirklich vorbildlich, unter den Agrariern — dieser Stadtverordnete der unabhängigen Arbeiterschaft der hungernden Großstadt Leipzig!

Preisfragen werden in Zukunft zu politischen Machtfragen

jammert die auf dem Standpunkt der Freiwirtschaft stehende Presse. Bisher bestimmten aber auch schon nicht allein Angebot und Nachfrage die Preise, sondern vielfach machten es Vereinigungen der Produzenten oder des Handels. Man denke nur an das Kohlenyndikat. Durch das Geheiß über die Kohlenbewirtschaftung ist dem Kohlenyndikat die Selbstständigkeit in der Beziehung genommen worden. Die Bergarbeiterorganisationen waren mit den Zechenverbänden vor einigen Wochen dahin übereingekommen, daß sie für die von dem Kohlenyndikat für notwendig gehaltene Kohlenpreiserhöhung eintreten wollten, als Voraussetzung für die von den Bergarbeiterverbänden geforderte Lohnerhöhung. Daraus nun zu schlussfolgern, daß Preisfragen, die an sich rein wirtschaftlichen Charakter tragen sollten, nun zu politischen Machtfragen werden, ist übertrieben. Diese Preisfragen betreffen das öffentliche Interesse sehr stark, und wenn sie

unter dem Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf das Allgemeinwohl in Zukunft auf eine andere Grundlage der Regelung gestellt werden, so ist das nur zu begrüßen. Natürlich darf es nicht dahin kommen, daß einzelne bedeutungsvolle Gruppen auf dem Wege der Macht, ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse, ihren Willen in der Preisfrage durchsetzen wollen. Wie die Tagespresse berichtete, hat das Reichswirtschaftsamt die vom Kohlenyndikat beschlossene und von den Bergarbeiterverbänden befürwortete Preiserhöhung nur teilweise bewilligt mit der Begründung, daß trotzdem die Möglichkeit gegeben sei, den Bergarbeitern die höheren Löhne zu gewähren.

Die Lohnpfändungsgrenze

ist durch eine Verordnung vom 25. Juni heraufgesetzt worden. Die Verordnung tritt am 1. Juli in Kraft und bestimmt u. a., daß der Arbeits- oder Dienstlohn 1. falls der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, bis zur Summe von zweitausendfünfhundert Mark für das Jahr, 2. in anderen Fällen bis zur Summe von zweitausend Mark für das Jahr und, soweit er diese Summen übersteigt, zu einem Fünftel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen ist.

Im Falle zu 1) erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, um ein weiteres Behtel, höchstens jedoch auf sechs Behtel des Mehrbetrags.

Soweit der unpfändbare Teil des Lohnes im Falle des Abs. 1 zu 1 den Betrag von viertausendfünfhundert Mark, im Falle des Abs. 1 zu 2 den Betrag von dreitausend Mark übersteigen würde, unterliegt die Pfändung keinen Beschränkungen.

Der Reichsjustizminister bestimmt, wann und in welchem Umfang die Verordnung außer Kraft tritt; spätestens soll die Außerkraftsetzung jedoch am 31. Dezember 1920 erfolgen.

Einigung mit den katholischen Fachabteilungen. (?)

Während vielerorts eine Einigung zwischen den kath. Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften auf der Grundlage des Aufgehens der Fachabteilungen in die christl. Gewerkschaften bereits erfolgt ist, bestehen in anderen Bezirken noch Schwierigkeiten und Vorurteile. Inzwischen hat auch der sozialdemokratische Druck manches Fachabteilungsmitglied den „freien“ Gewerkschaften zugeführt. Besonders ist das in Schlesien (speziell auch in der schlesischen Textilindustrie) der Fall.

Vom Eichsfelde, wo die Fachabteilungen bisher ziemlich vertreten waren, wird nun berichtet, daß die dort erfolgte Einigung zwischen Fachabteilungen und christl. Gewerkschaften eine gute Entwicklung der christl. Arbeiterbewegung erwarten läßt. Die „Hildesheimer Stg.“ berichtet z. B. am 26. Juni folgendes:

„In Großbartloff und Wälfstedt fanden am 19. und 20. Juni allgemeine, sehr gut besuchte Arbeiterversammlungen statt, in denen die Gewerkschaftssekretäre Sammelmann, Heiligenstadt und Ruder-Lemfelde über schwebende Arbeiterfragen sprachen. Ersterer behandelte die Beziehungen innerhalb der katholischen Arbeiterchaft, auf gewerkschaftlichem Gebiete bis zu einer Verständigung zwischen den christl. Gewerkschaften und den kath. Fachabteilungen zu gelangen. Diese Bemühungen seien nunmehr zum Ziele gelangt. Auf dem Eichsfelde und in den Bezirken Koblenz, Kirchen a. d. Sieg und Mayen (Rheinland) sei die Verschmelzung der Fachabteilungen mit den christl. Gewerkschaften bereits erfolgt. Er legte ausfüh-

Herrn Brand.

Stimme von Antonie Otte.

(Schluß.)

Die Kleine weint. Langsam senkt die Mutter die Hand und geht hinzu. Die Schwester schließt ihr den Kinderwagen in die Küche. Widerspruchslos läßt sie es geschehen und versorgt das Kind.

Am Abend noch kommt eine Kommission vom Gericht. Die Leiche wird genau untersucht. Was diese Herren nicht alles wissen wollen? Herrn Brand gibt auf alles Antwort. Aber was er beantwortet, das weiß er selber nachher nicht mehr. Mit Gertrud ist nicht zu reden. Sie starrt nur mag- und tränenlos vor sich hin und verzichtet mechanisch die Hausarbeit. Den Vater wandert es wohl, daß sie so gestarrt ist. Aber er kann sich keine Gedanken darüber machen. Er ist so müde, so müde.

Die drei Tage verfliegen unter den vielen Besorgungen, die eine Leiche notwendig macht. Die Schwester ist nicht mehr da, aber die alte Dörte, eine eifernde Verwandte, ist aus dem Spital gekommen. Sie bereitet die Leiche zur Bestattung vor unter der Hilfe einer Nachbarin, und sie besorgt das Hauswesen. Auf Gertrud ist nicht zu rechnen. Man kann sie nicht von dem Lager wegschleichen. Sogar das Kind vernachlässigt sie. Dörte begreift das nicht. Warum weint und jchreit dieses wunderbare Reichenkind nicht, freitwegen einen ganzen Tag lang, um dann aber die Zähne aufeinander zu beißen, und dann an die gewohnte Arbeit zu gehen. Dörte hat das arme Kind auch noch zupacken werden. Als ob es mit dem einen Unglück nicht schon genug wäre. Sie hat es immer gedacht, so kann es immer bleiben, alles eitel Sonnenchein. Das hat sie nun davon! Sie hätte einen vernünftigen Mann aus der Stadt nehmen sollen und nicht den Fremden. Dörte besorgt die Bestattung. Die Leiche wird in das verpörrichte Herz der Armen eingebracht.

Herrn Brand wird zum Schreiner gekiaht und zum Packer und zum Totengräber und zur Kasse. Er bekommt seine Tochter kaum zu Gesicht. Und er wird

immer müder, als würde seine Seele mehr und mehr ausgegossen.

Die letzte Nacht schläft er kaum. Gertrud-Giovanni, Giovanni-Gertrud, so kreisen immerfort seine Gedanken und schlafert ihn ein, um ihn nach einem kurzen Traum von Blut und Tränen aufs neue wieder zu wecken und zu quälen.

Um 1/9 Uhr soll die Beerdigung sein. Um 7 Uhr steht er bereits fertig in dem alten grüngrauen Hochzei- rat und dem geliehenen Zylinder. Jede Viertelstunde schließt vorbei, als träge sie Blei an den Füßen, und ist sie vorüber, dann scheint es, daß sie Flügel getragen. Er geht an das Bett seiner Tochter. Sie schläft now. Gott sei Dank! Dann bleibt ihr das Schwere erspart. Wie alt sie in diesen Tagen geworden ist. Wenn sie doch schlafen bliebe.

Wenn sie doch schlafen bliebe. An diesen Wunsch klammert sich nun seine Gedanken allzumal. Die Kämmerin kommt, um den Sarg zuzugrauben und hinauszutragen. „Leise!“ mahnt er. „Die Frau soll es nicht hören.“ Durch seine Stimme geht ein Bittern und heißes Bitten. Die Kämmerin sind bekannt und wissen, wie es hier stand und steht. Der Geistliche segnet den Sarg ein. Herrn Brand's Augen hängen immer nur an der Tür, dahinter Mutter und Kind schlafen. Sie bleibt verschlossen.

Der Trauerzug setzt sich in Bewegung. Noch einen Blick nach dem Fenster hinauf! Nur das Gesicht der alten Dörte ist zu sehen. Ein Anspitzen.

Die Nacht ist Schnee gefallen. Die Leute, die kaum im Leben über einen weichen Teppich gegangen sind, gehen über die dicke weiße Decke, lautlos fast. Die Luft ist durchdringt klar. Scharf heben sich die Totenlampen von der blendenden Helle des Schnees ab und noch klarer die 5 bis 6 grünen Kränze. Keine grünen Kranzstränge mit gelben und weißen künstlichen Blumen. 15 bis 20 Paare, zum großen Teil Frauen, folgen dem Wagen.

Ein Frau hinter dem Herrn Brand murmelt mit harren kalten Lippen die Antwort mit — nur mit den

Lippen, die Gedanken gehen eigene Wege. Was ist das Leben? Blut und Tränen und Trauer. Die harten Schicksalschläge, ja die tun wehe, und die tausend Nadelstiche jeden Tages, die machen so müde. So müde, daß der Kopf schmerzt und alles Denken Mühe macht.

„Der für uns das schwere Kreuz getragen hat“, tönt es an sein Ohr. — Ihm fällt Gertrud ein und das Kind. Die tragen das schwerste Kreuz. Wie kann er nur an sich denken. Fast schämt er sich. Aber beim nächsten Vaterunser irren die Gedanken wieder ab.

Ich bin doch überflüssig, denkt er. Wenn ich doch auch im Sarge läge. Wenn sie mich zum Kirchhof brächten! Ja, einmal schlafen können so ganz, ganz tief und nie mehr aufwachen!

„Der den Seelen der Abgekehrten die ewige Ruhe verleihen wolle!“ — Ja, nur Ruhe, Ruhe. — Kein Glück mehr und kein Leid. Große Stille — kein Lachen mehr, kein Weinen — Schlafen, fest — traumlos. — Er ist so müde, müde.

Das Grab ist offen, der Sarg wird hinabgesetzt. Mit da hinein können, wünscht er sehnsüchtig mit dem Eigensinn des Greises. Ein Vaterunser für den Toten — eins für denjenigen, der aus unserer Mitte zuerst scheiden wird. — Wäre ich es! wünscht er mit großer Jährenst.

Dann nimmt der Priester dreimal die Schaufel voll Erde und wirft sie in das gähnende Grab. Mechanisch greift Herrn Brand die Schaufel, um dem Beispiel zu folgen. Ein Marmeln geht durch die Menge, er wendet sich. Herrgott! Träumt er immer noch? Da bricht sich Gertrud Bahn durch die Menge, das schwarze Hochzeitskleid an, barhaupt, ein Tuch umgeschlungen, das Kind warm eingehüllt im Arm. Scharf reißt jeder Zug in dem Gesicht hervor. Und die Augen! „Herrgott“ schreit der Vater noch einmal und sieht nichts als diese Augen, zwei Flammen aus denen der Wahnsinn flackert. Ihre Brust leuchtet vom eiligen Bauen. Vater, wohin seit Ihr mit Giovanni gegangen? Ich habe es wohl gehört, Ihr habt ihn weggebracht, weil er krank war. Aber er rief mich laut. Dörte wollte nicht fest-

lich die Gründe dar, warum dieser Schritt notwendig gewesen und ein anderer Weg nicht mehr übrig gelassen sei. Seitens der Versammlungsteilnehmer wurde allgemein der Freude Ausdruck gegeben, daß endlich der Bruderstreit im eigenen Lager zu Ende sei. Rückhaltlos wurde der getane Schritt anerkannt und ihm zugestimmt. Gewerkschaftssekretär Mader behandelte die Aufgaben der christl. Gewerkschaften im neuen Deutschland. Auch seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Es war eine Freude, die einmütige und zuversichtliche Stimmung in den Besprechungen beobachten zu können, und sie berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung des sozialen Vereinslebens auf dem Eichsfelde."

**Stellungnahme zum Eisenbahnerstreik.**

Der Eisenbahner, das Organ des bayerischen Eisenbahnerverbandes, bringt einen längeren Artikel zum Eisenbahnerstreik unter der Überschrift „Katastrophenpolitik“. Darin heißt es u. a.:

„Angesichts der wirtschaftlichen Not unseres Vaterlandes geht jetzt die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes allem anderen vor. Ein politischer Verkehrsstreik ist unter den obwaltenden Umständen ein Verbrechen am Volke.“

Die Verkehrsmittel dürfen auch im neuen Volksstaate nicht ohne zwingenden Grund lahmgelegt werden. Damit wollen wir aber das Streikrecht der Eisenbahner nicht bedingungslos preisgeben. Das ist heutzutage nicht mehr möglich, da das Staatsdienstpersonal in einem ganz anderen Verhältnis zum Gegenwartsstaate steht, als zum früheren Obrigkeitsstaate. In Wirklichkeit dürfen und wollen wir aber für uns Eisenbahner das Streikrecht nur dann in Anspruch nehmen, wenn unsere Existenz- und Lebensfragen und das Lebensinteresse des Staates das erfordern. In politischen Streiks, an denen nicht wir, wohl aber deutsche und russische Volkswirtschaften ein Interesse haben, werden wir uns niemals beteiligen. Wir bedanken uns dafür, solchen Umtrieben Vorstoß zu leisten. Wohl gibt es im einzelnen beim unteren Eisenbahnerpersonal noch manches zu bessern und dafür wollen wir mit aller Entschiedenheit eintreten. Dazu ist ja unsere Berufsorganisation da. Wir wollen aber auch nicht vergessen, was für das Verkehrspersonal bereits geschehen ist. Jedenfalls besteht für das bayerische Verkehrspersonal kein Anlaß, den Volkswirtschaften und Spartakisten Gefolgschaft zu leisten.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß hoher Verdienst allein uns auch nicht aus der Not hilft. Wäre es der Fall, so müßte es uns geradezu herrlich gehen; denn Geld haben wir so viel im Lande wie nie. Unsere geldmäßigen Umlaufmittel sind heute vielleicht dreimal so hoch, als vor dem Kriege. Wir können auch beliebig viel dazu machen und tatsächlich machen wir von dieser Möglichkeit auch ausgiebigen Gebrauch. Aber vom Gelde lebt man nicht, sondern von dem, was man sich dafür kauft. Mit viel Geld bei wenig Waren ist wenig gelassen, weil man sich für das viele Geld doch nur wenig kaufen kann, sei es, weil die Waren rationiert sind, sei es, weil sie furchtbar teuer sind.

Sollen wir wieder zu halbwegs erträglichen und geordneten Zuständen kommen, dann muß die seit Ausbruch der Revolution beliebte Katastrophenpolitik aufhören. Wir müssen in unserem Wirtschaftsleben wieder vernünftige Preise bekommen. Gewiß ist Warenknappheit der Hauptgrund für hohe Preise. Aber die Flut von Geldzeichen verschärft die Teuerung und trägt zu weiterer Entwertung des Geldes bei. Darum muß mit der ungeheuren Ueberfüllung des Wirtschaftslebens mit Papiergeld allmählich aufgeräumt werden. Dadurch

wird die Selbstbewertung wieder eine andere und der Teuerung wird auf diese Weise erfolgreich entgegen gearbeitet. Dann könnte auch an einen entsprechenden Abbau der Löhne und Kriegsteuerzulagen gedacht werden. Mit Geld allein läßt sich die Teuerung nicht erfolgreich bekämpfen. Helfen kann uns nur erhöhte Produktion. Sie erfordert aber Arbeit. Nur Arbeit erhöht das Angebot unserer Bedürfnisse und ermöglicht eine natürliche Senkung der Preise. Also nicht von oben, sondern von unten kann die Hilfe kommen. Es muß der Wille der Vernünftigen sich durchsetzen. Dazu sollen auch die bayerischen Eisenbahner ihren Teil beitragen.“

**Aus unserer Industrie.**

**Rohstoffe sind für uns viel wichtiger, wie fertige Waren.**

Fertige Waren werden vom besetzten Gebiet zu erheblichen Teilen in das unbesetzte Gebiet verschoben. Der Warenhunger und die Entblößung von fertigen Stoffen ist im allgemeinen groß. Trotz und alledem muß das Streben darauf hinausgehen, vor allen Dingen Rohstoffe für unsere Textilindustrie herein zu bekommen. Die fertigen Auslandswaren schwächen die Position unserer Textilindustrie und geben den arbeitslosen Textilarbeitern keine Beschäftigung. Darum benötigen wir dringend der Rohstoffe. Im übrigen sollte gegen die Schieber, welche ihr „Geschäft“ anscheinend ziemlich ungeniert betreiben und nur auf den eigenen Profit bedacht sind, schärfer vorgegangen werden. Der Verband der stillliegenden Baumwollwebereien (Sitz Leipzig) schrieb vor einiger Zeit folgendes:

„Seit einiger Zeit werden sehr große Mengen wollene, halbwollene und baumwollene Webwaren von elsässischen und französischen Firmen aus dem besetzten Gebiet nach rechtsrheinischen Städten verschoben. So gehen, um nur ein Beispiel anzuführen, ganze Waggons mit obengenannten Waren nach der 6 Kilometer von Frankfurt entfernt gelegenen und von den Franzosen besetzten Station Goldstein und werden von dort durch Autos nach Frankfurt geschafft und abgesetzt. Im „Frankfurter Hof“ findet eine regelrechte Warenbörse statt. Ähnlich liegt es in anderen Städten. Neuerdings wird dieser Handel ganz offen betrieben. Die französischen Waren kommen mit französischen Autos und französischer Begleitung an. Die Preise sind außerordentlich hoch. Es werden 90 Zentimeter Rohkalko prima 20/20er Fäden und 36/42 Garn, der vor dem Kriege 28—29 Pf. gekostet hat, mit 6 M. und darüber gehandelt. Diese Art des Warenverkehrs birgt schwere Gefahren in sich. Unserer Textilindustrie muß es darum zu tun sein, Rohstoffe zu erhalten, um Arbeitsgelegenheit und Verdienst für ihre Angestellten und Arbeiter zu haben und um ihre seit Jahren ruhenden Geschäftsverbindungen wieder aufnehmen zu können.“

**Amerikas Baumwollzeugung.**

Vor dem Kriege belief sich die Gesamtbaumwollproduktion der Welt auf 25 1/2 Millionen Ballen, davon entfielen 15 Millionen auf die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Ernte, die fast drei Fünftel der Gesamtausbeute von Baumwolle brachte, fiel in den ersten drei Jahren nach Kriegsausbruch auf eine Durchschnittsernte, 13 1/2 Millionen Ballen, während die Ernte von 1917/18 nur auf 12 Millionen Ballen und die Ernte von 1918/19

auf 12 1/2 Millionen Ballen geschätzt wird. Der Baumwollverbrauch in den amerikanischen Spinnereien ist im Verhältnis zur Ernte auffallend angewachsen. In den Jahren 1890 bis 1895 wurden bei einer Ernte von 8346 000 Ballen nur 2758 000 Ballen oder 33,5 v. H. verbraucht. In den Jahren 1910—1915 wird der Durchschnittsverbrauch bei einer Ernte von 14 538 000 Ballen auf 5 769 000 Ballen oder 39,6 v. H. geschätzt. Für die drei Jahre 1915—1918 betrug der Durchschnittsverbrauch bei einer Ernte von 12 871 000 Ballen im Durchschnitt 7 600 000 Ballen oder 59,14 v. H.

**Aus der internationalen Textilindustrie**

wird berichtet, daß die englischen Baumwollfabrikanten außerordentlich große Aufträge in Händen haben, ebenso daß die Wollindustrie über bedeutende Aufträge verfügt. In Amerika hat die Kunstseidenindustrie einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Woll- und Baumwollfabrikanten sind bestrebt, die Ausfuhr selbst nach Europa immer mehr zu forcieren. Aus Japan wird berichtet, daß der Aufschwung in allen Zweigen der Textilindustrie andauert, daß es aber vielfach an den nötigen Maschinen mangelt. In Spanien und Portugal scheint sich das Geschäft etwas zu beleben, auch in Holland und in den skandinavischen Ländern glaubt man die verringerten Betriebe bald wieder vergrößern zu können. In Frankreich werden jetzt im Norden viele Zweige der Woll-, Seiden- und Baumwollindustrie wieder in Betrieb gesetzt.

**Aus unserer Bewegung.**

**Zur außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung.**

Nur noch gut acht Wochen trennen uns von der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung. Die Gründe, welche die Verbandsinstanzen veranlassen, eine solche einzuberufen, sind mehrfacher Art. Der Verband ist erfreulicherweise gewachsen und hat seine Mitgliederzahl innerhalb Jahresfrist um mehr als das 3/4-fache vergrößern können. Zum großen Teil handelt es sich bei den Neugewonnenen um Mitglieder, welche früher noch keiner Organisation angehört haben und die infolge der Umwälzungen und der erhöhten Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen den Weg zu unserem Verbands gefunden haben. Es entspricht dem Grundsatz der Demokratie, auch diesen Mitgliedern ein entsprechendes Gewicht bei der Neugestaltung der Verhältnisse im Verbands zuzugestehen, welches durch die Verbandsgeneralversammlung geschehen soll.

Vor allem kommt aber folgendes in Betracht: Unsere Satzungen und Unterstüzungen, welche nur mehr teilweise in Kraft sind, müssen neugestaltet und den neuen Zeitverhältnissen angepaßt werden. Hierüber soll die Gesamtheit der Mitglieder durch die Verbandsgeneralversammlung entscheiden. Die Wiedereinführung bzw. Neueinführung von Unterstüzungen steht allerdings voraus, daß auch das Beitragswesen entsprechend geregelt wird. Während die Teuerung und die Verbandsausgaben erheblich größer geworden und auch die Löhne gestiegen sind, haben wir uns im Beitragswesen nicht angepaßt. Während alles vorwärts drängt und fast zu fortschrittlich gesonnen ist, bleiben wir in der Gestaltung der Verbandsbeiträge recht konservativ. In vielen Bezirken und Ortsgruppen ist allerdings der Neuregelung der Beitragsfrage insofern bereits vorgearbeitet worden, indem freiwillig eine höhere Beitragsklasse gewählt wurde.

Wir stehen in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen und tiefgreifendsten sozialen Neuerungen. Von manchen beabsichtigten und geforderten Maßnahmen steht noch nicht fest, ob dieselben für unser Wirtschaftsleben von Vorteil oder von Nachteil sein werden. Die Verbandsgeneralversammlung kann und soll an diesen Fragen nicht vorübergehen. Ein Blick auf die vorläufige Tagesordnung zeigt das klar und deutlich. So wird die Verbandsgeneralversammlung Gelegenheit finden, außer zur Frage der Tarifverträge und der Arbeitsgemeinschaft, auch zu den Fragen der Sozialisierung und des Räteystems (Das Räteystem war in der vorläufigen Tagesordnung in Nr. 27 unseres Verbandsorgans irrtümlich nicht angegeben.) Stellung zu nehmen.

Freilich ist die Lage in unserem Wirtschaftsleben und besonders auch in unserer Industrie noch sehr unklar. Ganz klare Wege sehen wir jedenfalls auch zur Zeit der Verbandsgeneralversammlung noch nicht. Trotzdem wird die Verbandsgeneralversammlung ihren Zweck erfüllen und hoffentlich Arbeit verrichten können, welche mit der späteren Wirtschaftsentwicklung konform geht.

Als Tagungsort ist Düsseldorf in Aussicht genommen. Bekanntlich tagte die vorjährige außerordentliche Verbandsgeneralversammlung auch in Düsseldorf. Sie hat gute und vor allen Dingen praktische Arbeit geleistet. Während des Krieges hatte sich das Schwergewicht des Verbandes nach Süd- und Mitteldeutschland verschoben. Heute ist das nicht mehr der Fall und ist der größte Aufschwung im Westen zu verzeichnen. Wir geben besonders der Hoffnung Ausdruck, daß es den Delegierten von der linken Rheinseite möglich sein wird, nach Düsseldorf zu kommen und daß bis zur Verbandsgeneralversammlung Verkehrsvereinfachungen mit dem besetzten Gebiet eingeleitet sind.

Es gilt nun, gute Vorarbeit für die außerordentliche Verbandsgeneralversammlung zu leisten. Dazu sind besonders die Kolleginnen und Kollegen im Lande berufen. Möge man überall Stellung nehmen und die Anträge zeitig einbringen. Ueberall rühmig sein und gleichzeitig werben in dem Bewußtsein, daß der Verband unsere Interessen wirksam vertritt auf

halten. Aber ich hörte, wie er immer rief, da habe ich mich losgerissen. Vater, nun sage doch!“

Ihr Blick fällt auf das offene Grab. Die sich überstürzende Rede stockt jedoch — „Giovanni!“ ein Schrei hallt über die Kreuze hin, bricht sich an den Steinen und Lebensbaumwipfeln, hallt zurück und rüttelt an den Seelen der leidgewohnten Männer und Frauen, daß ihnen der Atem stockt.

Dhnmächtig bricht Gestüb zusammen. Frauen springen herbei, ein Mann eilt nach einem Wagen.

„Giovanni!“ — der Schrei hat Herrn Brand wacker gerüttelt aus seiner lähmenden Müdigkeit. Wie elektrischer Strom zittert es durch ihn. Müde? Ueberflüssig? Und eine schwerkranke Tochter und ein Waislein, die ihn brauchen, gerade ihn! Pfui! Solch ein Schwächling! Unter der gewaltigen Erschütterung straffen sich für einen Augenblick die weissen Buge, und die gebeugten Schultern richten sich auf. Schaffen, wieder jung werden! Zwei, drei, gleich ein halbes Duzend Pläne für die Zukunft drängen auf ihn ein. Er nimmt der Frau das Kind aus den Armen und drückt es an sich. Ein Lächeln geht über das weiche, unbeschriebene Kinder Gesicht. Die Händchen greifen in die Luft und über das offene Grab und über den Trauerzug schwebt ein lallender kleiner Juchzer. „Pa-pa!“

**Gedankensplitter.**

Viele Leute sind geizige, zähe Sparrer und bleiben dennoch ihr ganzes Leben lang bemitleidenswerte arme Schlucker. Woher das kommt?

„Ich spare den Verbandsbeitrag“, sagte der Geizige, „so wenig in der Woche ist viel Geld.“

Su sagte die „dumme Erine“ beim Halbenbauernlehrling ungefähr auch. Nur wollte sie anstelle des Verbandsbeitrages ein Zündholz sparen. Deshalb löschte sie die Kerze nicht aus, um sie nicht wieder andrennen zu müssen. Auf die Art sparte sie sich ein Streichholz und verbrannte eine Kerze. Und sie merkte ihre Dummheit kaum.

Nun fragt sich nur, wer der dümmere Teil ist von beiden, ob die „dumme Erine“ oder der geizige Verbandsbeitragsparer? Ich glaube beinahe der letztere.

Wer den Verbandsbeitrag spart, der spart jährlich Hunderte von Mark, nur nicht für sich, sondern für die Fabrikanten. Und die sorgen schon selbst für sich. D. H.

**Ein „Schwabenstreik“.**

Vor einiger Zeit kamen einmal zwei schwäbische Arbeiter in der Nähe von Ravensburg in einen Disturs über die verschiedenen Organisationen, die für die Arbeiterchaft in Frage kommen. Der Hauptredner, ein „Genosse“, dem der Revolutionsdusel ein bißchen arg zu Kopfe gestiegen war, suchte seinen Arbeitskollegen zu überzeugen, daß ein richtiger Arbeiter sich im sogenannten „Deutschen“ d. h. sozialdemokratischen Verband organisieren müsse. Als er die Gegenrede vernahm, daß der andere eben keine sozialdemokratische, sondern eine christliche Gesinnung und Weltanschauung habe, die es ihm unmöglich machten, einer sozialdemokratischen Gewerkschaft beizutreten, meinte der „zielbewußte Genosse“, das ist doch egal, Du kannst ganz ruhig eine christliche und bürgerliche Ansicht haben und dennoch Mitglied des freien Verbandes sein! Da sah aber der „böse Christliche“, der ein bißchen Haare auf den Zähnen hatte, seinen gegenüberstehenden Genossen bedächtig an und gab ihm langsam, aber deutlich zurück: „So ja — demnach kann man also bei Euch ein Kamel sein, ohne daß man einen Buckel hat!“ — Sprach's und ließ den verbuhten „Genossen“, der dabei ein nicht gerade geistreiches Gesicht gemacht haben soll, stehen.

Wiee Mitglieder! Von diesem „Schwabenstreik“ kann man noch etwas lernen. Schade, daß manche richtige und andere Schwaben auf manche Anpassungen nicht immer eine dezartig gejalzene Antwort bereit haben. D. H.

einer Grundlage, welche am besten geeignet ist, in den kommenden und schwierigen Zeiten einen guten Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens zu gewährleisten.

Zur Beitragsfrage.

Ein Kollege aus Westfalen schreibt uns: In den letzten Nummern der „Textilarbeiter-Zeitung“ ist mehrfach für höhere Beitragsleistung auf freiwilligem Wege geschrieben worden. Nach meiner Ansicht hätte man im vorigen Jahre auf der Verbandsgeneralversammlung gleich höhere Beitragsklassen einführen sollen, dann wäre dieses Nachhinken nicht notwendig. Trotz und allem sehe ich aber auch ein, daß es ohne höhere Beitragsleistung an den Verband nicht mehr geht. Die Teuerung ist nun einmal da, und dieselbe macht auch bei dem Verbandsbeitrag. Erhöhte Ausgaben müssen auch durch erhöhte Einnahmen gedeckt werden. Sämtliche Verbände haben höhere Beiträge wie wir. Gewiß sind die Löhne der Textilarbeiter auch niedriger, wie die anderer Berufsarbeiter. Niemand kann aber bestreiten, daß durch die rührige Arbeit des Verbandes unsere Löhne ganz erheblich erhöht worden sind. Im Verhältnis der Erhöhung unserer Löhne ist unser Verbandsbeitrag nicht gestiegen. Letzteres müßte aber der Fall sein. Es besteht also ein Mißverhältnis zu Ungunsten des Verbandes, welches letzten Endes zu unserem Schaden ist, denn wir haben ein besonderes Interesse daran, daß der Verband in jeder Hinsicht leistungsfähig ist.

Nunmehr sollte man auch überall dazu übergehen und eine höhere Beitragsklasse wählen. Es ist dem Verbandsrat nicht damit gebietet, daß an den einzelnen Orten nur eine Anzahl Mitglieder freiwillig eine höhere Beitragsklasse wählt. Die Wahl einer höheren Beitragsklasse muß durch Ortsgruppengeneralversammlungsbeschlüsse erfolgen und gilt dann für alle Mitglieder. Wenn an allen Orten für entsprechende Aufklärung gesorgt wird, kommt auch eine Mehrheit für einen solchen Beschluß zustande. Heute genügen noch nicht mal zwei Wochenbeiträge, um ein Ei dafür zu kaufen, und es müßte schlecht um die Existenz der Mitglieder bestellt sein, wenn sie nicht auch dem Verbandsbeitrag freiwillig geben wollten, was sie für sich beanspruchen. Darum sollte überall gehandelt werden.

Wir können dem Kollegen, der den Artikel bereits geschrieben hat, als der Beschluß, diesen Herbst eine Verbandsgeneralversammlung abzuhalten, noch nicht gefaßt war, im großen und ganzen nur zustimmen. Ob aber bereits im vorigen Herbst die Einführung noch höherer Beiträge durch die Verbandsgeneralversammlung dem Mehrheitswillen der Verbandsmitglieder entspricht hätte, darf doch wohl bezweifelt werden. Seit der Verbandsgeneralversammlung sind die Löhne wesentlich erhöht worden und besteht deshalb jetzt mehr die Voraussetzung zu einer weiteren Erhöhung der Beiträge und ist ferner die Notwendigkeit der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse mehr gegeben. D. Schriftl.)

Beitragsreform!

Ein Kollege aus dem Bezirk Krefeld schreibt uns: Unter diesem Stichwort erschien in Nr. 28 unserer Zeitung eine Notiz des Kollegen Kümmele, und die Redaktion knüpfte daran die Bemerkung, sie wünsche, daß zu dieser Frage Stellung genommen würde.

Was die Beitragsreform betrifft, so weiß wohl jedes einsichtige Mitglied, daß sie eine Notwendigkeit ist. Wir brauchen uns nur das Beitragswesen in unseren Bruderverbänden anzusehen, dann gewahren wir sofort, wie sehr wir Textilarbeiter im Hintertreffen stehen. Aber verlangen wir denn von unserem Verbandsbeitrag weniger, wie die übrigen Berufe von den übrigen? Wer wollte das behaupten. Nein, gerade wir Textilarbeiter verlangen von unserem Verband eine entschiedene Vertretung unserer Interessen, weil wir noch vielfach bedeutend geringere Löhne haben, wie die übrigen Berufe. Wie ist aber eine so entschiedene Vertretung unserer Interessen möglich, wenn wir dem Verband nicht die Mittel in die Hand geben, die er dazu braucht. Da wird man aber mancher kommen und sagen, ja, bei uns Textilarbeitern ist der Lohn vielfach so niedrig, daß wir mit unseren Beiträgen nicht höher gehen können. Zugegeben, der Lohn der Textilarbeiter liegt meistens unter dem Lohn der Arbeiter der übrigen Berufe. Aber seien wir mal ehrlich und fragen wir uns mal, spielen denn schließlich einige Groschen Verbandsbeitrag mehr die Woche eine so große Rolle in unserem Familienbudget, daß es unerträglich wäre? Wer mit offenen Augen durchs Leben geht, weiß, daß besonders in der gegenwärtigen Zeit manchmal horrenden Summen ausgegeben werden für Zwecke, die vollständig überflüssig sind. Ich will hier nicht jedes ehrbare Vergnügen verdammen, aber auch da ist es wohl angebracht, mal darauf hinzuweisen, daß man vielfach für solche Dinge Summen verausgabt, wogegen die Verbandsbeiträge gar nicht in Frage kommen. Und dann: verzeichnen wir nicht in manchen Ortsgruppen die Tatsache, daß gerade von kinderreichen Familienwägern schon seit langem ein höherer als der Pflichtbeitrag geleistet wird. Allein diese Tatsache beweist schon, daß nicht so sehr der Verdienst, als vielmehr Idealismus und Opferwilligkeit die Höhe der Verbandsbeiträge bestimmen. Wenn wir im vergangenen Jahre, wo wir in unserem Verbandsrat größtenteils vor Krümmern standen, den Verbandsbeitrag erhöhen konnten, um wieviel leichter muß das jetzt möglich sein, wo wir in letzter Zeit eine so hohe Lohnsteigerung zu verzeichnen haben. Ich möchte den Vorstoß machen in allen Ortsgruppen bei der nächsten Mitgliederversammlung den Punkt „Beitragsreform“ auf die Tagesordnung zu setzen und den Beschluß zu fassen, schon jetzt 20 Pfg. die Woche über den Pflichtbeitrag zu er-

heben. Dann brauchte die Verbandsgeneralversammlung die Sache nur zu sanktionieren. Wir würden damit einen schönen Beweis unserer Opferwilligkeit geben. Überall, wo man weitherzig und von idealem Geiste getragen an die Arbeit geht, wird die Durchführung dieses Vorschlages möglich sein. Zeigen wir doch endlich mal, daß wir gewillt sind, etwas Ganzes zu schaffen, und daß unser Verband zuerst kommt und dann schließlich auch mal ein Vergnügen.

Cöln.

(Tarif für Seilerei und Bindfadenbetrieb.)

Mit der Firma Felten u. Guilleume-Cöln (Seilerei und Bindfadenfabrik) wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, aus welchem wir nachfolgenden Auszug veröffentlichen:

Table with 3 columns: a) Der Stundenlohn beträgt für ungelernete Arbeiter: 14-jährig männlich 80 Pfg., weiblich 70 Pfg.; b) Seiler und Sechler 170; c) Seilmonteur 170 im Betrieb, 220 außerhalb.

Die Seilmonteur erhalten für Überstunden vor und nach der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit, ausschließlich Fahrt, 50 Prozent Zuschlag.

d) Heizer und Maschinisten 200 Pfg. die Stunde; drei Stunden Mehrarbeit über die regelmäßige tägliche Arbeitszeit müssen ohne Zuschlag geleistet werden. Vorarbeiter erhalten 10 Pfg. die Stunde mehr als die entsprechenden Arbeiter.

Reineingestellte ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten in den ersten zwölf Wochen 10 Pfg. die Stunde weniger.

Außerdem wird allen verheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen, deren Ehegatte nicht verdient, eine wöchentliche Teuerungszulage von 5,- M. und 2,50 M. für jedes Kind unter 14 Jahren bei mindestens fünfjähriger wöchentlich Arbeitszeit gewährt. Dieselbe Zulage kann auch nach Prüfung der Verhältnisse den unverheirateten älteren Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt werden, die als einzige Ernährer für Eltern zu sorgen haben oder einen eigenen Haushalt führen.

Die Wohnverhältnisse der Handwerker werden getrennt geregelt.

Die ersten drei Überstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag auf den Lohn bezahlt. Der letztere Satz gilt auch für geleistete Feiertage.

Die Arbeitskräfte sollen so bemessen sein, daß ein tüchtiger Arbeiter oder Arbeiterin 15 Prozent mehr verdienen kann als der Mindestlohn des höchstbezahlten ungelerneten Arbeiters oder Arbeiterin beträgt.

Bei Erfüllung staatlicher und kommunaler Pflichten werden in jedem Falle bis zu drei Stunden Versäumnis vergütet.

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen wird ein jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Derselbe beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahre drei Tage, steigend alle zwei Jahre um einen Tag, bis zur Höchstdauer von sechs Tagen.

Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. Oktober 1919. Die Lohnregelung gilt rückwirkend ab 15. Mai.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Holl. Unsere am 22. Juni stattgefundene Generalversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Kollegen A. Hünen, geleitet. An derselben nahmen auch unsere Pfarrgeistlichen teil, die herzlich begrüßt wurden. Der 15 im Kriege gefallenen Kollegen wurde eingangs der Versammlung besonders gedacht und deren Andenken durch Erheben von den Sigen geehrt. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht waren zu Beginn des Jahres 1918 noch 96 Mitglieder vorhanden. Heute aber zählt die Ortsgruppe 470 Mitglieder und ist somit die zweitgrößte Gruppe des Bezirks. Kollege Beller gab eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse und wurde demselben Entlassung erteilt. Zur Vorstandswahl wählte Kollege Theodor Eger den Vorschlag, den alten Vorstand wieder- und vier weitere Vorstandsmitglieder hinzuzuwählen. Dem Vorstande sollte es dann überlassen bleiben, die geeigneten Personen für die einzelnen Posten zu bestimmen. Derselbe Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Gewählt wurden die Kollegen Theodor Eger, Wilh. Eger, die Kolleginnen Maria Flutharot und Wilhelmine Baur. Einstimmig wiedergewählt wurde auch Kollege Joh. Eger, der vor einiger Zeit anstelle des erkrankten Kollegen Zahnen das Amt als Schriftführer übernommen hatte. Als Reserve gingen die Kollegen Baur und Hünepfer aus der Wahl hervor, als Vertrauensperson die Kollegin E. Jansen. Herr Hünepfer dankte für die freundliche Einladung zur Versammlung, der er und die Kaplane ganz gehorcht waren. Er gab seiner Freude über den guten Verlauf der Versammlung Ausdruck, der um so höher zu bewerten sei, wo das herrliche Sommerwetter zum Spaziergang in Gottes schöner Natur einlode. Die Anwesenden ermunterte er zu weiterer tatkräftiger Arbeit und mannhaftem Eintreten für die christlichen Lebensideale.

Unser Geschäftsführer, Kollege Klaffen, verbreitete sich in längeren Ausführungen über „Die gewerkschaftliche Arbeit im Verbandsbezirk unter besonderer Berücksichtigung der abgelehnten Lohnbewegungen“. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kollegin Eger, Th. und Wilh. Eger. Mit einem begeisterten ausgewonnenen Schlusswort des Vorsitzenden, worin derselbe zu weiterer fruchtbarer Betätigung für den Verband anforderte, fand die ausregend verlaufene Versammlung ihren Abschluss.

Lobberich. Auch in Lobberich hat der christliche Textilarbeiterverband einen guten Aufschwung zu verzeichnen. Darüber sind nun die heiligen feiernden Seher des sozialdemokratischen Verbandes erregt, die ausnehmend der Ansicht gewesen sind, daß nach der „glorreichen“ sozialdemokratischen Revolution alles bei ihnen unterirdisch jagen würde. Dies ist nun nicht der Fall. Im Gegenteil, nach der Mitgliederzahl des christlichen Verbandes zu urteilen, mag die Ent-

täußung auf der Gegenseite sogar sehr groß sein. Statt sich nun mit der Tatsache abzufinden, daß für die christlich gesinnte Arbeitererschaft Lobberich eine Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband außer Frage kommt, suchen die Leute die Ursache anderswo zu ergründen. Endlich haben sie auch das „Geheimnis“ entlockert. „Es ist zu konstatieren“, so heißt es in der „Niederheimliche Volkstribüne“ Nr. 150 vom 16. 7. 19, „daß die Christlichen hier am Orte noch immer Wählbarkeit betreiben, trotzdem vor längerer Zeit auf einer gemeinschaftlichen Belegschaftsversammlung gesagt wurde, die Arbeiter müssen einig sein.“ Diese Einigkeit aber ist nach Ansicht des Schreibers in der „Volkstribüne“ gestört worden, weil einige christliche Arbeiterinnen, Mitglieder unseres Verbandes, ihre Mitarbeiterinnen darüber belehrt haben, daß der „deutsche“ Verband eine sozialdemokratische Organisation ist. Letzteres scheint übrigens, dem Inhalt des Artikels nach zu urteilen, der Grund zu sein, weswegen der Schreiber in der „Volkstribüne“ so böse ist und seine Wut über die Arbeiterinnen ergießt. Warum aber das? Die Arbeiterinnen haben doch weiter nichts wie Tatsachen festgestellt. Tatsache ist, daß der „deutsche“ Verband eine sozialdemokratische Organisation ist; Tatsache ist, daß in Versammlungen und Presse des Verbandes das Christentum und seine Einrichtungen aufs schärfste bekämpft wird; Tatsache ist, daß die christlichfeindlichen Maßnahmen der Regierungsmänner gegen Kirche und Schule in der Presse des Verbandes gut geheißen und bekräftigt werden. Mit ihm haben unsere Kolleginnen doch nichts Unwahres behauptet. Dennoch die Anreize. Die Herrschaften möchten wohl auf dem Lande und allüberall dort, wo sie Eingang finden, gerne als eine neutrale wirtschaftliche Organisation angesehen werden, denn das verpricht mehr Aussicht auf Mitgliederfang. Wenn dann aus christlichen Arbeitertreuen heraus darauf hingewiesen wird, was übrigens die Spaten von den Dächern pfeifen, daß man es in Wirklichkeit mit einer sozialdemokratischen Organisation zu tun hat, sind die Herrschaften erbost. Jedoch damit muß sich der Artikelschreiber abfinden, daß sich die Lobbericher christliche Arbeitererschaft über den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes nichts vormachen läßt und ist deshalb die gekniffene Aufregung total überflüssig. Den in der „Volkstribüne“ namhaft gemachten Kolleginnen aber ist zu empfehlen, jetzt erst recht für Aufführung in den Kreisen ihrer Mitarbeiterinnen zu sorgen, damit keine christliche Arbeiterin aus Unkenntnis Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes wird. Sie mögen sich durch das Geschrei in der „Volkstribüne“ nicht beirren lassen. Der Zweck der Uebung besteht nämlich darin, durch die Veröffentlichung der Namen den Kolleginnen Furcht einzujagen und von der ferneren Agitation für unseren Verband abzuhalten. Dieses Mittel versagt nicht mehr und diesmal erst recht nicht. Es ist halt zu dumm und zu alt. Was die Aufklärung aber mit der Störung der Einigkeit zu tun hat, ist ein Rätsel. Hat etwa der Schreiber in der „Volkstribüne“ den Hinweis in der Belegschaftsversammlung auf die Einigkeit der Arbeitererschaft etwa so aufgefaßt, daß jetzt ihnen, den sozialdemokratischen Verbänden, das Agitationsfeld allein überlassen bleiben würde? Das scheint so. Die Kalkulation ist falsch. Durch Agitation der unter christlichen Verbänden, durch Kennzeichnung der Unterscheidungsmerkmale der Verbände, hier christliche, dort atheisistische Weltanschauung, wird doch ein gemeinsames Vorgehen in solcher wirtschaftlichen Fragen, die für beide Organisationen und deren Mitglieder gleiches Interesse haben, nicht gestört. Es sei denn, in der Auffassung des Artikelschreibers in der „Volkstribüne“. Die Drohung am Schluß des Artikels und der Hinweis darauf, daß die Mitglieder unseres Verbandes den Wind verstanden, ist weiter nicht traglich zu nehmen, sie wird aber ein Ansporn zu tatkräftiger Agitation für unseren christlichen Textilarbeiterverband sein.

Reerssen. Zahlreich hatten sich die Mitglieder, besonders die Kolleginnen zur Ortsgruppenversammlung im Lokale Viedemann am Sonntag, den 13. Juli, eingefunden. Der Vorsitzende Kollege Andreas Schauth wies darauf hin, daß die Ortsgruppe während des Krieges, durch die vielen Einberufungen fast gänzlich aufgelöst war, jetzt aber wieder über 100 Mitglieder stark sei. Zu Punkt 1 der Tagesordnung widmete er den gefallenen Kollegen einen ehrenvollen Nachruf und erhob sich die Versammelten zum treuen Gedenken derselben von den Sigen. Die Vorstandswahl fand durch Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder und Neuwahl zwei weiterer Kollegen und zweier Kolleginnen ihr glatte Erledigung. Ebenso die Wahl der Revisoren und Vertrauenspersonen. Unser Bezirksleiter Kollege Müller erstattete einen Vortrag über das Thema: „Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland und warum christliche Gewerkschaften?“ Zu der anschließenden Diskussion forderten die einzelnen Redner die Versammelten auf, sich im Sinne der Ausführungen und der Verbandsarbeit zu betätigen. Einstimmig wurde der Anschluß an das Niederheimliche Kartell mit einem Jahresbeitragsbeitrag von 1 M. beschlossen. Geschäftsführer Kollege Marquardt schilderte die mit der Firma Clemme gepflogenen Verhandlungen und die Erfolge der Lohnbewegung. Darüber entspann sich eine rege Aussprache, in welcher immer wieder die Notwendigkeit des festen Zusammenhanges aller Textilarbeiter und -arbeiterinnen Reerssens und unseres Verbandes betont wurde.

Nach der Versammlung fand eine Aussprache der Verbandsvertreter mit der Firma, wegen Regelung der Beschöne bei Bedienen eines Stuhles, für einen vorliegenden Artikel statt. Durch Entgegenkommen der Firma wurde den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung getragen.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Ein deutsches Gesetzbuch der Arbeit. — Zwangs- friede und Rationalversammlung. — Familienrat: Herrn Brand. — Allgemeine Rundschau: Die Ernährungsaussichten. — Theorie und Praxis. — Preisfragen, werden in Zukunft zu politischen Nachfragen. — Die Vof pfändungsgrenze. — Einigung mit den katholischen Fachb. l. u. z. (?) — Stellung- nahme zum Eigenbahnerstreik. — Aus unserer Zehnreihe: Koststoffe sind für uns viel wichtiger wie fertige Waren. — Amerikas Baumwollerezeugung. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Zur außer- ordentlichen Verbandsgeneralversammlung — Zur Beitrags- frage. — Beitragsreform! — Cöln. — Berichte aus den Ortsgruppen: Holl. — Lobberich. — Reerssen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld